

Bürgermeister Patt bringt mit nachfolgender Rede den Haushaltsentwurf 2004 ein.

Anmerkung:

Während der Einbringungsrede präsentiert der Bürgermeister verschiedene Overhead-Folien. Diese sind als Anlage der Niederschrift beigelegt.

„Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,

die finanzielle Situation unserer Gemeinde ist wie bei den meisten Kommunen so bedrohlich wie nie zuvor. Weggebrochene Einnahmen im Steueraufkommen auf der einen Seite und gleichzeitig stark gestiegene Ausgaben insbesondere im Sozialbereich treiben die Kommunen immer schneller in eine bedrohliche Schieflage, aus der sie sich ohne Hilfe nicht mehr befreien können.

Erstmals seit 1996 muss ich Ihnen für das Jahr 2004 daher einen nicht ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorlegen und auch die Folgejahre bis 2007 sind nach den heute bekannten Daten durch Fehlbeträge in den Verwaltungshaushalten gekennzeichnet. Wegen der noch völlig ungeklärten Gesetzeslage in Bezug auf die Zusammenführung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe kann eine erhoffte Finanzentlastung auch für unsere Gemeinde nicht eindeutig beziffert werden. Das gleiche gilt für die ebenfalls im Vermittlungsausschuss verhandelte Gemeindefinanzreform.

Somit muss ich Ihnen einen Verwaltungshaushalt 2004 mit einem Defizit von 2,9 Mio. Euro zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen, dazu ein Haushaltskonsolidierungspapier, genannt Haushaltssicherungskonzept. Nach der mittelfristigen Finanzplanung addieren sich die erwarteten Fehlbeträge in den Jahren 2004 bis 2007 in der Spitze bis zu 6,135 Mio. Euro, der strukturelle Ausgleich des Verwaltungshaushalts wird erst im Jahre 2008 erreicht, die Fehlbeträge sind nach derzeitiger Planung dann in 2013 abgebaut.

Eine so lange in die Zukunft gerichtete Planung hat aber aufgrund einer Vielzahl von Einflussfaktoren, und da werden Sie mir sicher zustimmen, trotz sorgfältiger Berechnung eine eingeschränkte Aussagekraft.

Allein wegen der Unsicherheiten des langen Planungszeitraumes und der hierzu dargestellten Finanzdaten wird allzu deutlich, Bundes- und Landesregierung müssen nun endlich handeln, bevor der völlige finanzielle Kollaps auch für unsere Gemeinde eintritt. Die Verlagerung von immer mehr Aufgaben in die kommunalen Haushalte muss aufhören.

Wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind doch gemeinsam verpflichtet, und so verstehe ich mein Amt als Bürgermeister, alles zu tun, ein lebens- und liebenswertes Gemeinwesen für unserer Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und zu erhalten.

Das ist uns bisher nach meiner festen Überzeugung trotz mancher Widrigkeiten und der in der Gemeinde Eitorf schon jahrelang bestehender Sparzwänge auch in angemessener Weise gelungen.

Soziales

Große Sorgen bereiten uns die wachsenden Aufgaben und Ausgaben für Maßnahmen im sozialen Bereich.

Der Gemeindehaushalt wird hier sowohl direkt als auch indirekt durch Zahlung der Kreisumlage belastet. Dies gilt sowohl für die Hilfen nach dem Bundessozialhilfegesetz als auch für die den Kommunen übertragenen Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Bekanntlich beteiligen sich die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis seit dem Jahr 1996 prozentual an den delegierten Aufgaben der Sozialhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz, zunächst im Rahmen eines sog. „Partnerschaftlichen Beteiligungsmodells“, ab dem Jahr 2001 auf der Basis des „Zweiten Gesetzes zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung“. Die Beteiligungsquote der Gemeinde und der übrigen Kreiskommunen stieg von zunächst 5 % in 1996 auf jetzt 42,5 % an und belastet den Haushalt 2004 mit –prognostiziert – rd. 810.000 €. Die Belastungen für den Gemeindehaushalt auf diesem Sektor in den vergangenen Jahren haben ein Ausmaß angenom-

men, die für eine Kommune unserer Größenordnung und Wirtschaftskraft auf Dauer nicht verkraftbar sind und den finanziellen Rahmen der Gemeinde in einem nicht mehr hinnehmbaren Maße einengen. Hier ist dringender Handlungsbedarf angezeigt und ich kann nur hoffen, dass die derzeit im Vermittlungsausschuss laufenden Verhandlungen zur Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe letztendlich zu dem Ergebnis führen, dass die kommunalen Haushalte spürbar entlastet und ihnen wieder einen erweiterten Handlungsspielraum im investiven Bereich eröffnet. Nicht teilen kann ich in diesem Zusammenhang die Haltung des Deutschen Landkreistages, der künftig die Betreuung der Langzeitarbeitslosen in die Zuständigkeit der Kommunen überführen möchte. Hierbei sehe ich die Gefahr, dass ein riesiger „Verschiebehahn“ zu Lasten der Kommunen vor Ort entsteht, mit noch nicht absehbaren finanziellen Folgen. Ein gangbarer Weg, der auch von den Interessenvertretungen der Kommunen, dem Deutschen Städtetag und dem Nordrhein-Westfälischen Städte- und Gemeindebund, unterstützt wird, ist eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeits- und Sozialverwaltung (Stichwort: Job-Center) mit klar abgegrenzten Zuständigkeiten und einer eindeutig definierten Finanzverantwortung für alle erwerbsfähigen Personen durch den Bund.

Nach wie vor unbefriedigend ist auch der Bereich der Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge. Nicht die Zuweisung neuer Hilfesuchender stellt derzeit die Gemeinde vor Probleme, sondern die Rückführung der Altfälle nach negativem Abschluss des Asylverfahrens bzw. nach Ende der Kriegshandlungen. Dies gilt nach wie vor insbesondere für die hier lebenden Minderheiten (Sinti und Roma) aus dem Kosovo, für die weiterhin Abschiebeschutz besteht.

Z.Z. leben in der Gemeinde Eitorf insgesamt 42 Personen, für die seit Jahren keine Landeszuwendung gezahlt wird und die voll aus dem Gemeindehaushalt zu finanzieren sind. Diese Zahl ist fast identisch mit der Zahl der Asylbewerber, für die die Gemeinde noch eine Teilfinanzierung über eine Landeszuwendung von monatlich 330 € je Person zuzüglich einer Betreuungspauschale von monatlich 15 € je Person erhält, nämlich derzeit 49. Obwohl die Zahl der nach Deutschland kommenden Asylbewerber rückläufig ist, sind Bund und Länder hier gefordert, die Rückführung des Personenkreises nach negativem Ausgang der Verfahren bzw. nach Ende der Kriegshandlungen konsequenter mit den zuständigen Ausländerbehörden durchzuführen. Derzeit mehren sich die Zeichen, dass Rückführungen in verschiedene Länder nicht mehr oder nur nach langwierigen Verfahren möglich sind bzw. bei Klageverfahren gegen die Rückführung immer längere Verfahrenszeiten in Kauf genommen werden müssen. Alles dies geht letztendlich zu Lasten der Kommunen und ihrer Haushalte.

Seit dem 01.01.2003 sind die Kommunen auch für die Leistungen der Grundsicherung zuständig. Antragsberechtigt für die genannten Leistungen sind Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Schon mit der Vollendung des 18. Lebensjahres sind Personen dann antragsberechtigt, wenn sie voll erwerbsgemindert sind und es unwahrscheinlich ist, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann. Aktuell beziehen hier 76 Empfänger Leistungen der Grundsicherung nach dem genannten Gesetz. Die Kreise und kreisfreien Städte erhalten für die Durchführung des Gesetzes einen Festbetrag durch den Bund, der alle 2 Jahre angepasst wird. Bereits jetzt ist erkennbar, dass der bereitgestellte Festbetrag nicht auskömmlich ist. Ca. 3 Mio. Euro beträgt der Fehlbetrag hierfür beim Kreis. Daher bereitet z.Z. der Landkreistag NRW eine Verfassungsbeschwerde gegen das Grundsicherungsgesetz vor.

Der Landschaftsverband Rheinland delegiert ab 01.01.2004 Aufgaben im Bereich der Förderung des selbständigen Wohnens behinderter Menschen, die vom Landschaftsverband Eingliederungshilfe erhalten, auf die Kommunen. Die Gemeinde ist danach zukünftig auch zuständig für die Leistung von Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe zur häuslichen Pflege.

- Folien Sozialhilfe -

Kreisumlage

Bekanntlich finanzieren weitestgehend die Kommunen die Kreise und diese die Landschaftsverbände über Umlagen, die sogenannte Kreis- bzw. Landschaftsumlage. Infolge der permanenten Kostenverschiebungen von Bund und Land in die kommunalen Haushalte (Landschaftsverband, Kreis, Kommune) und der dramatisch steigenden Kosten für Sozialaufwendungen und Aufwendungen für Jugendliche hat die Kreisumlage und Jugendamtsumlage für die Gemeinde Eitorf eine Größenordnung erreicht, die nicht mehr aufzubringen ist. Insbesondere der Anstieg der Jugendamtsumlage ist atemberaubend. Allein 1,7 % beträgt der Anstieg für das Jahr 2004 und soll wegen des beabsichtigten Ausschereins verschiedener Städte aus dem Solidarverbund Kreisjugendamt nach bisheriger Ankündigung in 2004 noch um weite-

re rund 2 % Punkte angehoben werden. Jeder Prozentpunkt Steigerung kostet unserer Gemeinde rund 160.000 € das würde ca. 600.000 € Mehrkosten in nur einem Jahr bedeuten. Wir fordern den Kreis und alle Verantwortlichen im Land auf, durch Senkung von sogenannten Standards und Kostenreduzierungen in allen Bereichen, die Belastungen der Kommunen zu reduzieren.

- Folie Kreisumlage-Jugendamtsumlage -

Ich meine, wir dürfen zu Recht Forderungen an Kreis und Landschaftsverband oder auch an Landes- und Bundesregierung stellen, weil unsere Gemeinde seit Jahren einen strengen Sparkurs fährt und sich auf das Machbare beschränkt. Trotz Aufgabenzuwachs haben wir unseren Personalbestand über Jahre zurückgeführt und gehen diesen Weg weiter. Die Personalkostensteigerungen, die durch tarifliche und gesetzliche Vorgaben (Tarif- und Gehaltserhöhungen, Anstieg der Lohnnebenkosten, gesetzliche Sozialversicherungsbeiträge, Anhebung der Bemessungsgrenzen, Sanierungsgeld in der Zusatzversicherungskasse, Beihilfekosten usw.) bedingt sind, halten sich nicht nur in Grenzen sondern sind sogar ab 2004 rückläufig bzw. werden in konstanter Höhe gehalten.

Wenn der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises feststellt, die Personalreduzierungen des Kreises gingen auf die Knochen seines Personals, so gilt das erst recht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Gemeinde. Dennoch führt an der Personalkostenreduzierung kein Weg vorbei. Gleichwohl halte ich es für höchst ungerecht und wenig motivationsfördernd, wenn von der Landesregierung nur einer Beschäftigtengruppe des öffentlichen Dienstes Kürzungen und längere Arbeitszeiten zugemutet werden.

- Folie Personalkostenentwicklung -

Schuldenentwicklung

Während bei Bund und Land die rasante Schuldenaufnahme inzwischen astronomische Höhen erreicht hat und somit mehr und mehr zur politischen Handlungsunfähigkeit führt, hat die Gemeinde Eitorf in den letzten Jahren eine gute Bilanz bei der Schuldenentwicklung aufzuweisen. Seit 1999 gibt es sozusagen keine Nettoneuverschuldung mehr, ganz im Gegenteil haben wir mehr getilgt als neue Schulden aufgenommen, wie in der nachfolgenden Aufstellung dargestellt.

- Folien Schuldenentwicklung -

Die Gemeinde Eitorf ist wie seit Jahren auf dem richtigen Weg, so das wir auch in schwierigen Zeiten erneut einige Schwerpunkte setzen können:

Die Gemeinde wird in 2004 rund 4,4 Mio. E für Investitionsmaßnahmen ausgeben, dazu werden die Gemeindewerke rund 5 Mio. E investieren. Die Gesamtsumme liegt somit bei rund 9,4 Mio. E. Dadurch werden sicher notwendige Impulse für die Wirtschaft gesetzt.

Schwerpunktmäßig investieren wir in unsere Schulen, in Gebäude sowie in Straßenbaumaßnahmen, für Grunderwerb (u.a. P & R-Anlage Nord) sind 185.000 € eingeplant.

Schulen

Hier werden nicht nur die Finanzmittel für unsere Schulen ungeschmälert erhalten, sondern auch weitere Investitionen an der Gemeinschaftsgrundschule Eitorf, Brückenstraße, getätigt. Durch Errichtung eines Anbaues wollen wir die notwendigen Räumlichkeiten für den Betrieb einer „Offenen Ganztagsgrundschule“ mit Hilfe von Mitteln aus dem Bundesprogramm schaffen. Sobald eine Förderzusage vorliegt, soll mit den Planungs- und Baumaßnahmen begonnen werden. Hierfür sind in 2004/2005 rund 700.000 € eingeplant.

Ich bin zwar persönlich nicht von der Institution der „Offenen Ganztagschule“ überzeugt. Doch angesichts der drohenden Einstellung des Programms „13+“ und der Ankündigung des Landes, ab 2007 keine Hortplätze mehr zu fördern, halte ich es für unverantwortlich, nicht zu handeln.

Es soll also den Eltern und Kindern dienen, die auf eine über Mittagsbetreuung angewiesen sind.

Weitere 175.000 € werden im wesentlichen für Fenster- und Fußbodenerneuerung im Siegtal-Gymnasium investiert. Zudem sollen neue Heizungen an der Gemeinschaftsgrundschule Eitorf, Brückenstraße und der Gemeinschaftshauptschule incl. Dreifachhalle über Fremdfinanzierung in einer Größenordnung von rund 100.000 € (Contracting-Vertrag) finanziert werden. Außer diesen Investitionen stehen für kleinere Maßnahmen aus den Unterhaltstiteln noch rund 50.000 € zur Verfügung, so dass insgesamt rund 1 Mio. € für die Schulen zusätzlich zu den laufenden Betriebskosten im Haushalt ausgewiesen sind.

Bahnhof

Mit Eröffnung der umgebauten Bahnhofshalle mit Service-Store und Fahrkartenverkauf sind unsere langjährigen Bemühungen nun von Erfolg gekrönt worden. Die in diesem Jahr von der Bahn AG begonnenen Umbaumaßnahmen mit Höherlegung der Gleise und Unterführung zum Bahnsteig 2 werden Mitte 2004 fertiggestellt sein.

Die Gemeinde wird unmittelbar anschließend mit der notwendigen Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes beginnen.

Ebenso wollen wir mit den vorgenannten Verbesserungsmaßnahmen des gesamten Bahnhofsbereichs im jahrelang brachliegenden Güterschuppen Räumlichkeiten zur Unterbringung einer biologischen Station für den rechtsrheinischen Rhein-Sieg-Kreis und für öffentliche Nutzungen schaffen. Das ganze Bahnhofsumfeld soll damit ein für den Ortseingang dringend notwendiges freundliches Gesicht erhalten und mit Leben erfüllt werden. Hierfür haben wir Investitionen von ca. 1 Mio. € eingeplant. Für die Bio-Station sind Zuschüsse von der NRW-Stiftung und der Stiftung der Kreissparkasse Köln bereits beschlossen und zugesagt. Ich habe die Zuversicht, dass auch die notwendigen Zuschüsse aus Städtebaumitteln im neuen Jahr bewilligt werden.

Straßenbau

Für die Fertigstellung der Bahnüberführung „Forster Kreuz“ sind 580.000 € sowie für neue Erschließungsmaßnahmen von Gemeindestraßen rund 1.150.000 € im Haushalt ausgewiesen. Daneben werden für die Erhaltung von Straßen und Brücken insgesamt 290.000 € bereitgestellt, damit kann die Instandhaltung zumindest im bisherigen Umfang weitergeführt werden.

Hochwasserschutz

Allein in 2003 wurden rund 100.000 € zur Verbesserung des Hochwasserschutzes verausgabt. Dies war insbesondere nach dem Hochwasser vom August 2002, durch das die Ortschaft Bach aber auch andere Gemeindeteile sehr betroffen waren, erforderlich.

Der größte Anteil hierfür wurde für einen neuen Durchlass in der Schiefener Straße in Eitorf-Schiefen verausgabt. Durch diesen neuen Durchlass ist die Hochwassergefahr für den Ort Harmonie erheblich verbessert worden.

An vielen weiteren Straßen im Gemeindegebiet wurden Instandsetzungs- und Verbesserungsmaßnahmen für geordnete Wasserabläufe durchgeführt.

Ein erheblicher Anteil an der gesamten Hochwasserprävention fällt jedoch dem Wasserverband zu. So war der Wasserverband durchgängig in diesem Jahr mit Aufräumarbeiten und Verbesserungsarbeiten am Krabach in Bach beschäftigt, um so vorzubeugen, wenn noch einmal ein solches Hochwasserereignis – das ja weit über ein sog. 100jähriges Ereignis hinausgegangen ist – vorzubeugen. Wir wollen natürlich in Bach die Situation noch weiter verbessern und so hat der Wasserverband für die Jahre 2004 und 2005 Mittel in Höhe von insgesamt 220.000 € eingeplant, um die Hochwassersituation zu verbessern und insbesondere eine Flutmulde auf der Nordseite der L 333 in Richtung Sieg anzulegen. Leider ist bisher der Grunderwerb nicht zustande gekommen, da mit dem Eigentümer der Ackerfläche noch keine finanziell vertretbare Einigung erzielt werden konnte. Wenn ich hier die Zahlen des Wasserverbandes nenne, so deshalb, weil der Wasserverband ein umlagefinanzierter Verband der Kommunen ist, für den die Gemeinde Eitorf einen jährlichen Beitrag von rund 125.000 € leistet. Der Verband setzt diese Beträge nicht nur zur Pflege und Reinhaltung der Gewässer, sondern insbesondere zur Prävention und Durchführung von Baumaßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes ein.

Auch in 2004 sind neben dem Zuschuss an den Wasserverband weitere 15.000 € für zusätzliche Verbesserung des Hochwasserschutzes im Gebiet der Gemeinde Eitorf in den Haushalt eingestellt worden. Sukzessive ist beabsichtigt, Gefahren oder Behinderungsstellen – hier handelt es sich insbesondere um Durchlässe – zu beseitigen.

Unterhaltung der Gebäude

Für die Werterhaltung der gemeindlichen Gebäude stehen 280.000 € zur Verfügung. Erstmals wollen wir zusätzlich ein Contracting-Verfahren für die Erneuerung von Heizungsanlagen abschließen. Über die Finanzierung durch Dritte werden sonst notwendige gemeindliche Investitionskosten für vier neue Heizanlagen in einer Größenordnung von rund 200.000 € vermieden. Neben der Kreditersparnis erwarten wir noch ein Einsparvolumen von mindestens 7.000 € im Jahr.

Gemeindebauhof

Zur Erneuerung von Geräten und Fahrzeugen kann leider nur ein Betrag von 100.000 € zur Verfügung gestellt werden. Wenn auch hierfür ein höherer Bedarf besteht, wird die Arbeitsfähigkeit und Effektivität des Bauhofes dennoch sichergestellt werden können. Jedenfalls kann ich feststellen, dass der Bauhof gute Arbeit leistet.

Feuerwehr

Die Schlussfinanzierung der in diesem Jahr angeschafften neuen Drehleiter zu Kosten von 512.000 € erfolgt im Jahr 2004. Hierfür sind 308.000 € eingesetzt, eine weitere Verpflichtungsermächtigung über 180.000 € ist für ein neues Löschfahrzeug ebenfalls ausgewiesen.

Gemeindewerke

2004 wird für die Werke ein Jahr der Großinvestitionen. Sowohl die Versorgung als auch die Entsorgung wollen im nächsten Jahr jeweils eine Großinvestition tätigen, die in diesem Umfang ihresgleichen suchen. Insgesamt sind rund 5 Mio. € vorgesehen, alleine den Wasserhochbehälter Josefshöhe und die Kläranlagenerweiterung umzusetzen. Beide Großprojekte dürften zwar erst im Frühjahr 2005 fertig werden, der größte Teil der Investitionen entfällt jedoch auf 2004.

Vorweg die gute Nachricht ... auch in 2004 werden in beiden Betrieben sowohl die Gebühren als auch die Beiträge stabil bleiben!

Zu den Betrieben im Einzelnen Folgendes:

Versorgungsbetrieb

Bei gegenüber 2003 im Grunde stagnierenden Gesamterträgen, aber um rund 5 % höheren Gesamtaufwendungen rechnet die Werkleitung in 2004 mit einem Jahresverlust.

Ausschlaggebend sind hier zwei Dinge:

Bei gleich bleibenden Gebührensätzen wird mit geringeren Umsatzerlösen gerechnet.

Ursache hierfür ist in der Prognose auch für 2004 ein stagnierender Wasserverkauf an die Kunden.

Der Trend zum Wassersparen hält wegen des Kostendrucks in allen Lebensbereichen unvermindert an und kann durch Neuanschlüsse nicht aufgefangen werden.

Dies geht einher mit einem höheren Materialaufwand:

Stichwort: WEEG – Wasserentnahmeentgeltgesetz!

Die Landesregierung ist wild entschlossen, den Wasserverbrauchern ab 2004 eine neue „Steuer“ zu bescheren.

Alle diejenigen, die Wasser aus oberirdischen Gewässern oder Grundwasser entnehmen, sollen ein Wasserentnahmeentgelt zahlen. Der Gesetzentwurf sieht dabei 5 Cent pro m³ vor und würde den Wahnbachtalsperrenverband treffen.

Dieser hat bereits angekündigt, das Entgelt in voller Höhe an die Abnehmer, also auch an unseren Versorgungsbetrieb weitergeben zu müssen.

Zielsetzung des Gesetzentwurfs soll zwar sein, mit dem „Entgelt für die Inanspruchnahme von Naturressourcen das Bewusstsein für einen möglichst schonenden Umgang zu schärfen“.

Tatsächlich ist der Gesetzentwurf aber in einen Katalog weiterer Änderungen eingebunden, die offenbaren, dass es um zusätzliche Einnahmen für den Landeshaushalt geht!

Für den Versorgungsbetrieb würde dies eine zusätzliche Belastung von gut 48.000 € für 2004 bedeuten.

Mit Recht laufen zurzeit die Wasserversorger und Fachverbände Sturm gegen die zusätzliche Belastung der Verbraucher. Dennoch ist zu befürchten, dass das Gesetz Ende Januar den Landtag passiert.

Im Wirtschaftsjahr 2004 soll das Entgelt nicht an die Eitorfer Wasserkundinnen und –kunden weiterberechnet werden, auch unter dem Aspekt, dass noch ein kleiner Hoffnungsschimmer besteht, dass der Gesetzentwurf doch noch gekippt wird.

Im investiven Bereich sieht der Versorgungsbetrieb rund 1,36 Mio. € vor.

Im Vergleich zu den Vorjahren ein erheblicher Brocken.

Größtes Einzelprojekt dabei ist der Neubau des Hochbehälters Josefshöhe, für den in 2004 knapp 800.000 € veranschlagt sind.

Der Baubeginn wird unumgänglich, zumal der bestehende Behälter baulich marode und für das Aufrechterhalten der Versorgungssicherheit zu klein ist.

Die restlichen Investitionen entfallen auf Neuverlegung von Leitungen im Zuge des Kanalbaus und der Erdgasverlegung sowie auf Erneuerungen, teils auch in Kombination mit anderen Erschließungsträgern.

Sanierungen und Erneuerungen dürften den Versorgungsbetrieb in Zukunft in erheblichem Umfang beschäftigen.

Natürlich wird der Betrieb alles daran setzen, dies gebührenverträglich umzusetzen.

Grundvoraussetzung dabei bleibt jedoch, die Versorgung von zusätzlichen Belastungen auszuklammern.

Entsorgungsbetrieb

Der Erfolgsplan weist gegenüber dem Vorjahr geringere Gesamterträge bei stagnierenden Gesamtaufwendungen aus.

Per Saldo rechnet die Werkleitung mit einem Jahresgewinn von gut 439.000 € so dass auch in 2004 die Abführung von Eigenkapitalzinsen in Höhe von rund 97.000 € an den Gemeindehaushalt gesichert ist und gleichzeitig die Eigenkapitaldecke des Betriebes gestärkt werden kann.

Ähnlich wie im Versorgungsbetrieb kann trotz stagnierenden Gebührenaufkommens auch in 2004 die Vollkanalgebühr auf dem in 2001 abgesenkten Niveau von 4,40 € pro m³ gehalten werden!

Ein Großteil trägt hierzu die anstehende Klärwerkserweiterung bei, die erst ab 2005 den Abschreibungsaufwand erheblich steigen lassen wird.

Auch im anstehenden Wirtschaftsjahr wird der Entsorgungsbetrieb in großem Umfang in Kanalsanierungen investieren.

Der in 2004 fertig zu stellende Generalentwässerungsplan wird hierbei die weitere Verfahrensweise vorgeben.

Der investive Bereich mit einem Volumen von 5,15 Mio. € wird insbesondere von 2 Einzelmaßnahmen geprägt.

Größten Anteil hieran hat die Klärwerkserweiterung.

Leider hat die Membran-Ausschreibung nicht das gewünschte Ergebnis gebracht.

Die vorkalkulierten Kosten wurden im Rahmen der Submission erheblich überschritten. Die Ausschreibung wurde daher aufgehoben. Ein weitaus günstigeres Ergebnis konnte im Rahmen einer Nachverhandlung mit den günstigsten Bietern erzielt werden, so dass der Werksausschuss die Maßnahme am 09.12.2003 vergeben hat.

Das komplette Projekt wird im Frühjahr 2005 betriebsfertig und dann den Komplex der Aufwendungen negativ beeinflussen. Inwieweit dies auf das Gebührenniveau durchschlägt, ist noch genau zu prüfen.

Neben kleineren Neubaumaßnahmen im Kanalbereich steht in 2004 die Kanalisierung des letzten kleineren Außenortes laut Abwasserbeseitigungskonzept – Oberbohlscheid – an.

Nach Abschluss der Maßnahme gehört die Gemeinde Eitorf zu den Kommunen mit dem höchsten Anschlussgrad (über 98 %).

In Zukunft werden daher auch den Entsorgungsbetrieb in zunehmendem Maße und vorrangig Sanierungen beschäftigen.

Kultur, Freizeiteinrichtungen, Bibliothek und Jugendcafe

In diesen Bereichen sind zwar keine nennenswerten Investitionen geplant, dennoch halten wir das gute und vielfältige Angebot für die unterschiedlichsten Zielgruppen in unserer Gemeinde auf dem bisherigen Niveau aufrecht. Das gilt für das reichhaltige und gut angenommene Kulturprogramm, das von der Gemeinde und insbesondere von den vielen Vereinen angeboten wird.

Für die Erhaltung und Ausstattung unserer Spielplätze können wir immer wieder auf die Unterstützung der Kreissparkassenstiftung und durch die Volksbank Bonn zählen.

Das Hermann-Weber-Bad ist sehr beliebt bei den Eitorfer Kids und den jungen Müttern und macht auch, wie es der letzte Sommer gezeigt hat, Jugendlichen und Erwachsenen gleichermaßen Spaß. Die allgemeinen Sparzwänge zwingen uns auch hier, wie immer möglich, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern.

Verbesserungen in der Ausstattung unserer Bibliothek, insbesondere auch immer wieder in neuen Medien, können nur durch die Hilfe von Privaten bewerkstelligt werden. Es wäre sehr wünschenswert, wenn ein Förderverein für diese wichtige Einrichtung ins Leben gerufen würde.

Die Jugendarbeit ist im letzten Jahr entscheidend verstärkt worden. Durch Einrichtung einer zweiten Stelle konnte eine weitere qualifizierte weibliche Mitarbeiterin für diese Aufgabe gewonnen werden. Die Gemeinde Eitorf investiert hier wie nie zuvor in eine gesellschaftliche wichtige Gruppe, nämlich in junge Menschen. Nicht zu verstehen ist der beabsichtigte Rückzug der Landesregierung aus der Verantwortung für unsere Jugendlichen.

Zum Schluss möchte ich allen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit und die geleistete Arbeit danken.

In den Dank schließe ich die Beschäftigten der Werke ebenso ein wie die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Eitorf.

Trotz der für den öffentlichen Dienst von der Landesregierung vorgenommenen Verschlechterungen mit vorerst nur für die Beamten gekürzten Weihnachtswendungen und der Streichung des Urlaubsgeldes bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitszeit rechne ich auch im kommenden Jahr auf ihren engagierten Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde.

Besonders danken möchte ich auch den stellvertretenden Bürgermeistern, die mich bei den wahrzunehmenden Repräsentationsaufgaben häufiger vertreten mussten.

Mit einem Dank an alle Ratsmitglieder für die erfolgreiche Zusammenarbeit zum Wohle unserer Gemeinde verbunden mit dem Wunsch, die gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen auch im

Kommunalwahljahr 2004 fortzusetzen, möchte ich schließen.“

Im Anschluss bittet der Bürgermeister die Fraktionen, ihre Haushaltsreden auch auf Diskette oder per E-Mail zur Verfügung zu stellen und Anträge zu kennzeichnen.

Wortmeldungen ergeben sich nicht.